Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 123 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Donnerstag, den 28. Mai | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat dem Reichstag mitgeteilt, daß sie unter den jetzigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen keine Verantwortung für eine Erhöhung der Beamtenbezüge übernehmen könne.

* Der Sächsische Landtag hat eine zwanzigstündige lärmvolle Sitzung abgehalten, in der über Änderungen der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen beraten wurde.

* Die Franzosen haben in Marokko einen Teil ihrer Truppen vor den Angriffen der Rifkabylen zurücknehmen müssen.

* Die Pariser Botschafterkonferenz ist abermals vertagt worden.

* Über Amundsens Schicksal ist noch immer nichts Bestimmtes bekannt, in Amerika ist man darauf vorbereitet, ihm die Luftkreuzer „Shenandoah" und „Los Angeles" zu Hilfe zu senden

Der Kampf um den Achtstundentag.

Theorie und Praxis —, das kennzeichnet als Überschrift die Gegensätze, die sich der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den achtstündigen Arbeitstag entgegenstellen. Vulgär ausgedrückt: die Regierungen sagen einander mit der Frage dieser Ratifizierung jetzt schon seit Jahren immer wieder: Hannemann, geh' du voran. Das kam auf der Genfer Arbeitskonferenz, wo man die Möglichkeit der Durchführung des Achtstundentages wieder einmal eifrig debattiert, mit fast grotesker Deutlichkeit zum Ausdruck Belgien werde das Abkommen ratifizieren, sobald auch die anderen großen Staaten es tun würden —, so erklärte der belgische Vertreter. Der englische Vertreter lehnte die Ratifikation für den gegenwärtigen Augenblick als nicht geeignet ab. Frankreich tut es natürlich auch nicht, und es nützt gar nichts, daß sich der Vertreter der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, dahin äußerte, die ganze Arbeitskonferenz mache sich lächerlich vor den Arbeitern der Welt, wenn das vor 6 Jahren einstimmig beschlossene Washingtoner Abkommen nun von den Regierungen nicht endlich ratifiziert werde. Die verschiedenen nationalen Gesetzgebungen hätten sich dem Abkommen anzupassen, nicht umgekehrt.

Auch der deutsche Regierungsvertreter gab eine wichtige Erklärung ab, die dem von Jouhaux aufgestellten Verlangen zum Teil wenigstens Rechnung tragen will. Deutscherseits wurde nämlich erklärt, daß das Reichsarbeitsministerium damit beschäftigt sei, eine endgültige Regelung der Arbeitszeit vorzubereiten, und sich hierbei bemühen werde, sich den Grundsätzen des Washingtoner Abkommens anzupassen.

Die Arbeitszeitverordnung der deutschen Regierung vom 21. Dezember 1923, die grundsätzlich jetzt noch gilt, war eine Frucht der Sanierungskrise, die nach dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft am Ende der Inflationszeit sich höchstmögliche Förderung der Produktion zum Ziele gesetzt hatte. Die Arbeitszeitfrage ist, soweit es den Achtstundentag angeht, aber keine wirtschaftlich-sozialpolitische Frage, sondern eine machtpolitische, und der Kampf gegen die Verlängerungsmöglichkeit des achtstündigen Arbeitstages, wie sie in jener Arbeitszeitverordnung grundsätzlich zugestanden war, setzte auch sofort wieder ein, sobald die Gewerkschaften einigermaßen zu Kräften gekommen waren. Für eine Reihe von Betrieben hatte aber schon jene Verordnung eine Verlängerung der Arbeitszeit untersagt; das Streben ging nun dahin, das Verzeichnis dieser schwerstarbeitenden Berufe ständig zu vermehren. Ihren eigentlichen Inhalt erhielt die Arbeitszeitverordnung aber durch eine große Reihe tarifarischer Vereinbarungen, die zum größten Teil Werksverträge waren und die Arbeitszeit verlängerten; daneben liefen namentlich im Bergbau und in der Eisenindustrie Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerverbänden. Eine rückläufige Entwicklung gegen den im allgemeinen durchgeführten Neunstundenarbeitstag und das Zweischichtenabkommen in der Eisen- und Stahlindustrie hat dann zu der Verordnung vom 17. Januar 1925 geführt, daß die Arbeiter der Hochöfen und Kokereien eine über den Achtstundenarbeitstag hinausgehende Arbeitszeit nicht zu übernehmen hätten. Der deutsche Regierungsvertreter in Genf erklärte weiter, in Deutschland arbeiten jetzt 50% der deutschen Arbeiter nicht länger als 48 Stunden, daß überhaupt von der Ermächtigung der Verordnung vom Dezember 1923 ein mäßiger Gebrauch gemacht worden sei. Dankenswerterweise hat er aber auch darauf hingewiesen, daß dort, wo wirklich in Deutschland über den Achtstundenarbeitstag hinaus produziert wird, damit nur die Verhältnisse in den Nachbarländern erreicht worden sind. Jouhaux hätte nämlich auch ruhig erwähnen können, daß gerade in Frankreich zahllose Verlängerungen des Achtstundenarbeitstages vorhanden sind.

Es besteht nun die große Gefahr, daß bei einer voreiligen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland allein die anderen Länder keineswegs dazu veranlaßt zu werden brauchen, diesem Schritt Folge zu leisten. Insofern ist die Erklärung des deutschen Regierungsvertreters, die Ratifizierung müsse durch alle großen Industrieländer gleichzeitig erfolgen, überaus berechtigt. Bei der Ausarbeitung des Arbeitszeitrechtes soll ja nun von vornherein berücksichtigt werden, was das Washingtoner Abkommen grundsätzlich verlangt hat. Aber selbstverständlich ist dabei, daß wir keinesfalls etwa der Arbeitskonferenz irgendwelche Kontrollrechte über Deutschland gestatten dürfen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Eine zwanzigstündige Landtagssitzung.

Der Sächsische Landtag beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Die Verhandlungen führten zu ungemein heftigen Auseinandersetzungen zwischen der aus den bürgerlichen Parteien und den 23 Rechtssozialisten bestehenden Mehrheit und der aus den Linkssozialisten und den Kommunisten bestehenden Minderheit, welche die Verabschiedung der Vorlage durch Verschleppungsanträge und Obstruktionsreden zu verhindern suchte. Die Sitzung begann Montag nachmittags 1 Uhr und dauerte bis Dienstag vormittags 9 Uhr. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, entspann sich eine weitere Geschäftsordnungsdebatte über die Art der vorzunehmenden Abstimmungen. Schließlich wurde ein kommunistischer Antrag, dieses Gesetz noch einmal an den Ausschuß zurückzuverweisen, mit 61 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz wurde schließlich nach den Beschlüssen der Ausschußmehrheit mit 68 gegen 17 Stimmen angenommen. Die dritte Lesung findet in der Sitzung am Freitag statt, auf deren Tagesordnung auch ein Mißtrauensantrag der Linkssozialisten gegen den sozialistischen Minister des Innern Müller steht.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Die Reichsregierung hat jetzt dem Reichstag in Form einer Denkschrift die Antwort auf eine am 4. April 1925 angenommene Entschließung zugehen lassen, in der um Prüfung ersucht wurde, ob und auf welcher Grundlage die Bezüge der Beamten eine Erhöhung erfahren können. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß die Reichsregierung mit Rücksicht auf die Finanzlage der öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Reichsbahn, die allgemeine Wirtschaftslage und die wirtschaftliche Lage der großen Masse der übrigen Arbeitnehmerschaft die Verantwortung für eine Erhöhung der Beamtenbezüge im gegenwärtigen Augenblick nicht glaubt übernehmen zu können.

Tschechoslowakei.

× **Flucht eines deutschen Abgeordneten.** Der frühere deutschnationale Abgeordnete der tschechoslowakischen Nationalversammlung Dr. Baeran, der wegen angeblichen Hochverrats und Spionage eine mehrjährige Kerkerstrafe abgebüßt und nach seiner Freilassung heftige Angriffe gegen die Justizverwaltung gerichtet hatte, ist im Auto nach Deutschland geflüchtet. In einem Brief teilte er mit, daß er die Flucht unternommen habe, um einer drohenden neuerlichen Verhaftung zu entgehen. Baeran will sich vorläufig in Deutschland niederlassen und von dort die Wiederaufnahme seines Prozesses betreiben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Reichsschulgesetz wird in 14 Tagen dem Kabinett zugehen und gleich darauf dem Reichstag und Reichsrat zugeleitet werden.

Berlin. Der bisherige österreichische Gesandte in Berlin, Riedl, ist auf Grund des Überalterungsgesetzes abberufen worden.

Belgrad. Nach den von der albanischen Grenze eingetroffenen Meldungen ist in Südalbanien ein neuer Aufstand gegen die Regierung ausgebrochen. Zwischen dem Stamm Toska und den Regierungstruppen sollen heftige Kämpfe im Gange sein.

Die deutsche Wehrmacht.

(66. Sitzung.) CB. Berlin, 26. Mai.

Das Haus überwies zunächst einen Gesetzentwurf über Depot- und Depositengeschäfte dem volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Es folgte dann die zweite Lesung des

Haushalts des Reichswehrministeriums.

Dabei hob der Berichterstatter Abg. Stücklen (Soz.) hervor, es müsse mehr getan werden, um den Soldaten nach Ablauf ihrer 12jährigen Dienstzeit eine bessere Versorgungsmöglichkeit zu verschaffen. Man darf nicht vergessen, daß es sich beim Soldatenstande heute um einen Beruf handelt. Daher müßte die Reichswehr in eine höhere Besoldungsgruppe eingeordnet werden.

Nachdem das Haus dann gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen hatte, im Interesse der Erledigung des Beratungsstoffes bis zum 4. Juli die Redezeit für den Heeresetat bei der Hauptaussprache auf ¾ Stunden herabzusetzen, wandte sich der Abg. Schöpflin (Soz.) gegen die Höhe der Kosten, die für die Reichswehr aufgewandt würden. Dem deutschen Reich

koste jeder Soldat 4000 Mark jährlich.

Die hohen Kosten erklärten sich aus der Fülle der Chargen. Bei der Marine würde die Sozialdemokratische Partei die im Etat eingesetzten Beträge für die weitere Armierung verschiedener Schiffe ablehnen. Diese Ablehnung erfolgte aber nicht grundsätzlich, sondern nur angesichts der Tatsache, daß überall im Reiche gegenüber wichtigen sozialen Ausgaben über Geldmangel geklagt würde. Der Redner verlangte schließlich von der Regierung Schritte

gegen die Verwendung von giftigen Gasen

und erklärte, daß seine Partei angesichts verschiedener Vorgänge in der Reichswehr als Ausdruck ihres Mißtrauens das Gehalt des Ministers ablehnen würde.

Abg. Schmidt (Hannover) (Dtn.) betonte, daß gerade im letzten Jahre das Vertrauen der Bevölkerung zur Reichswehr gewachsen sei, und bedauerte die scharfe Kritik des Vorredners. Bezüglich der Höhe der Kosten des Heeresetats müsse man bedenken, daß man eben heute nicht mehr den billigen Vorkriegsstand der Reichswehrpflicht hätte. Der Redner setzte sich dann für eine bessere Versorgung der ausgedienten Soldaten ein. Aus der Reichswehr sei unter dem schweren außenpolitischen Druck, wo alle zwischen England und Frankreich entstandenen Differenzen auf dem Rücken der deutschen Reichswehr ausgetragen wurden, ein brauchbares Instrument geworden. Die Angriffe gegen die Reichswehr, die vom Reichskanzler und vom Reichswehrminister einwandfrei zurückgewiesen worden seien, wären nur

Material für die Gegner Deutschlands.

Die Veröffentlichungen der Liga für Menschenrechte wären nur zur Freude des Marschalls Foch gegeben.

Abg. Erwing (Ztr.) wandte sich gegen die Kritik des Abg. Schöpflin, die nicht im Einklange stände mit der Haltung der Sozialdemokraten bei der Schaffung der Reichswehr in Weimar. Die Reichswehr hätte die Aufgabe, die

Stütze der öffentlichen Ordnung

zu sein und das weiter zu pflegen, was im alten Heer gut war. Es wäre falsch, ein republikanisches Heer zu fordern, ebenso wie es falsch war, früher von einem kaiserlichen Heer zu sprechen. Unter der Leitung des Reichswehrministers und des Generals von Seeckt habe sich die Reichswehr zu einem wohldisziplinierten zuverlässigen Schutzinstrument für die Verfassung der deutschen Republik entwickelt und auch in den schwersten Zeiten bewährt.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) meinte, der Volksblock habe im besetzten Gebiet nicht sehr national gearbeitet. Er hätte dort seine Propaganda von den Besatzungsmächten unterstützen lassen. (Große Unruhe links und erregte Zurufe.) Es sei auch nicht sehr national gewesen, daß die hauptstädtische Presse gegen die Kandidatur Hindenburgs das Ausland zu Hilfe gerufen habe. (Lärmende Zwischenrufe links.) Der Redner erinnerte daran, daß in Deutschland

die Entwaffnung vollständig durchgeführt

sei. Wenn Frankreich gegen das leider ohnmächtige Deutschland jammere, so wolle es damit nur seine Absichten auf das Rheinufer verschleiern. Frankreich habe jetzt 80 000 Mann mehr unter den Waffen als vor dem Kriege. Die Staaten um Deutschland herum könnten heute 1¾ Millionen Soldaten sofort gegen Deutschland ins Feld führen. Es sei unverständlich, daß angesichts dieser Tatsache sich überhaupt noch Stimmen gegen den Heeresetat fänden. Es könne keine Rede davon sein, daß die dem wehrlosen Deutschland aufgezwungenen Grenzen in aller Ewigkeit aufrecht erhalten bleiben könnten, Oberschlesien beispielsweise sei länger deutsch gewesen als die Normandie französisch. Nach dem Abg. Schneller (Komm.), der in der deutschen Reichswehr ein Instrument der deutschen Bourgeoisie zur Niederkämpfung des Proletariats sieht, meinte der Demokrat Haas, daß jeder verständige Mensch den Wunsch hätte, in Zukunft Kriege zu vermeiden. Deshalb strebten die Pazifisten danach.

das schwere Unrecht von Versailles

auf dem Wege der Verhandlungen wieder gut zu machen. Trotzdem glaube von ihnen kein Mensch, daß jetzt schon in der ganzen Welt die Periode des ewigen Friedens begonnen hätte, man sei vielmehr jetzt weiter als je davon entfernt. Auf der Rednerliste standen dann noch die Abg. Bredt (Wirtsch. Ver.) und von Ramin (Völk.).

Ein kritischer Tag.

Der Handelsvertrag mit Spanien.

Dem heutigen Mittwoch wird, wenn nicht im letzten Augenblick der Reichstag noch anders beschließt, eine besondere innerpolitische Bedeutung zukommen, da der deutsch-spanische Handelsvertrag im Plenum des Reichstages zur Verhandlung und Abstimmung steht. Die Bedeutung dieser Beratung wird dadurch gekennzeichnet, daß die Reichsregierung entschlossen ist, die Abstimmung über den Vertrag zu einer Kabinettsfrage zu machen.

Um die Annahme oder Ablehnung des Vertrages sind in Deutschland schon heiße Kämpfe ausgefochten worden. Im Ausschuß, wo der Vertrag eingehend behandelt wurde, hat er eine Ablehnung erfahren. Gegen diese Ablehnung haben vor allem die Organisationen protestiert, die die Interessen der Industrie vertreten, da sie bei Ablehnung schwere Absatzstockungen nach Spanien befürchten, während sich gegen die Annahme des Vertrages die Kreise ausgesprochen haben, die dem Weinbau nahestehen. Diese Kreise vertreten die Ansicht, daß bei Abschluß des Vertrages die eingeführten billigen spanischen Weine den deutschen Weinbau völlig ruinieren werden. Führende Mitglieder der Reichsregierung haben nun in den letzten Tagen versucht, durch Besprechungen mit einzelnen Parteien die Kluft zu überbrücken und den Abschluß des Vertrages zu sichern. Ob allerdings die Opposition, die sich vornehmlich aus Deutschnationalen und Zentrumskreisen zusammensetzt, sich den Erwägungen, die die Reichsregierung in dieser Frage leiten, anschließen wird, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls versucht die Regierung mit allen Kräften den Vertrag zustande zu bringen und will, wie oben betont, ihr weiteres Verbleiben im Amt davon abhängig machen, ob der Vertrag angenommen wird oder nicht.

Deutschland als Zentrum der Luftschiffahrt

Die zukünftige Entwicklung.

Vor kurzer Zeit weilten englische Luftschiffahrtsachverständige in der deutschen Reichshauptstadt, um hier Verhandlungen mit dem deutschen Reichsluftamt über die Verlängerung der Konzessionen für englische Flugzeuge zum Überfliegen deutschen Gebietes zu führen. Die Engländer haben inzwischen Berlin wieder verlassen. Über das Ergebnis der Verhandlungen liegt zurzeit noch keine bestimmte Mitteilung vor. Es leuchtet aber ein, daß es sich bei diesen Verhandlungen nicht nur um die Verlängerung der englischen Konzessionen, sondern um den ganzen Komplex der Fragen gehandelt hat, die mit der Erschwerung der deutschen Luftschiffahrt durch den Versailler Vertrag überhaupt und die nachfolgenden Festsetzungen zusammenhängen.

Es ist gut, bei dieser Gelegenheit auf die Erschwerungen der deutschen Luftfahrt hinzuweisen. Die deutsche Flugtechnik schreitet mit Riesenschritten voran, trotzdem sie auf ihrem Entwicklungswege überall gehemmt wird. Diese Hemmungen liegen einmal in dem Verbot des Überfliegens der besetzten Gebiete Deutschlands, das Frankreich seinerzeit erwirkt hat, um die vielgenannte „Sicherheit" der Besatzungstruppen zu gewährleisten, und ferner in den sogenannten „Begriffsbestimmungen", die im Anschluß an das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 einseitig und diktatorisch von der Entente festgesetzt worden sind. Diese Bestimmungen, die die Art und Bauweise der deutschen Flugzeuge aufs engste begrenzen, sind bis heute nicht aufgehoben worden. Trotz aller Vorstellungen von deutscher Seite hat sich Frankreich der Notwendigkeit ihrer Aufhebung verschlossen. Dagegen hat in England eine ver-

änderte Auffassung der Luftverkehrsmöglichkeiten, gerade auch in Mitteleuropa, Platz gegriffen. Man ist in England geneigt, die deutsche Auffassung anzuerkennen, daß wir auf unser Lufthoheitsrecht nicht ohne die Gewährung der vollen Gleichberechtigung verzichten können, und ist daher für eine Revision der veralteten Begriffsbestimmungen zu haben. Die Entscheidung liegt leider nicht bei England allein, sondern bei der gesamten Entente, und dabei vor allem bei Frankreich. Ob die Botschafterkonferenz dem englischen Meinungsumschwung Rechnung tragen wird, ist einstweilen zweifelhaft. Das kann aber Deutschland nicht hindern, immer wieder mit dem größten Nachdruck auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Lage hinzuweisen.

Deutschland kann mit Recht darauf aufmerksam machen, daß es angesichts seiner geographischen Lage zwangsläufig das Zentrum der internationalen europäischen Luftschiffahrt werden muß und sein wird. Ohne seine Zustimmung kann auf diesem Gebiet nichts unternommen werden. Eine vernünftige Regelung der Luftschiffahrt- und Überfliegungsbestimmungen kann Deutschland zu einem wichtigen Faktor der Kultur und des Fortschritts in Europa machen, die Versagung der einfachsten Rechte und Ansprüche dagegen zu einem außergewöhnlichen Hindernis und zum Bremsklotz in Mitteleuropa. Vernünftige Beurteiler in der französischen Fachpresse übersehen auch die Möglichkeiten einer deutsch-englischen Sonderverständigung keineswegs, ob aber ihre Einsicht und ihr Einfluß ausreichen werden, um die französische Regierung zu einer entgegenkommenderen Haltung zu bestimmen, ist leider immer noch zweifelhaft.

Französischer Rückzug in Marokko.

Weitere Verhandlungen mit Spanien.

Nach einer amtlichen Pariser Meldung aus Marokko hat die französische Heeresleitung beschlossen, sechs von den Marokkanern umzingelte Posten zurückzuziehen. Dieser Beschluß wird mit dem Wunsch nach größerer Bewegungsfreiheit begründet. Die Pariser Meldung will zugleich wissen, daß auch die Front der Marokkaner ins Wanken geraten sei. In Casablanca treffen fortgesetzt französische Verstärkungen ein.

Die französische Kammer, die am Montag eine Debatte über den Aufstand in Marokko zu führen beabsichtigt hat, hat diese Aussprache auf Mittwoch vertagt, um der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre mit Spanien angebahnten Verhandlungen zwecks gemeinsamen Vorgehens in Marokko fortzusetzen und abzuschließen.

Die Botschafterkonferenz wieder vertagt.

Englischer Pessimismus wegen des Garantiepakts.

Die Botschafterkonferenz, die schon etliche Male sich mit der an Deutschland wegen der Räumungsfrage abzusendenden Note beschäftigen sollte, hat ihren Zusammentritt abermals verschoben. Nach den letzten Pariser Meldungen wird die Botschafterkonferenz kaum vor Sonnabend dieser Woche zusammentreten, und es ist fraglich, ob auch dieser Termin wird eingehalten werden können. Für die neue Vertagung wird von der Pariser Presse als Begründung angegeben, daß der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, vor der Beschlußfassung in der Räumungsfrage gehört zu werden wünscht, weil nach seiner Ansicht die Besetzung der Rheinlande auch als Garantiemaßnahme für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen erfolgt sei. Die Reparationskommission werde daher offiziell darüber beschließen, ob Deutschland seine sämtlichen Verpflichtungen erfüllt habe.

Inzwischen hat der französische Außenminister dem englischen Auswärtigen Amt eine Antwort auf die in der letzten Woche erfolgten englischen Rückfragen wegen der Antwortnote an Deutschland betr. den Garantiepakt zugehen lassen. Nach Mitteilung englischer Blätter hat dieses Schriftstück in englischen Regierungskreisen eine pessimistische Stimmung hervorgerufen. Briand betont in seiner Antwort besonders, daß der Garantiepakt nur ein Instrument zur Ausführung des Versailler Vertrages sein dürfe.

Sowohl französische wie englische Blätter geben schon jetzt der Ansicht Ausdruck, daß es sehr zweifelhaft sei, ob unter diesen Umständen überhaupt der Abschluß eines Garantiepaktes möglich sei.

Sind Spekulationsgewinne als Einkommen zu versteuern?

Die Beschlüsse des Steuerausschusses.

Eine umfangreiche Aussprache im Steuerausschuß des Reichstages entstand über die Frage, ob Spekulationsgewinn als Einkommen zu versteuern sei. Der Ausschuß entschied sich schließlich, folgende Normen dem Reichstag zur Beschlußfassung vorzulegen:

Einkünfte aus Veräußerungsgeschäften unterliegen der Besteuerung nur, wenn sie als Spekulationsgeschäfte anzusehen sind. Als Spekulationsgeschäfte können nur Veräußerungsgeschäfte angesehen werden:

1. wenn der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung a) bei Grundstücken weniger als zwei Jahre, b) bei anderen Gegenständen, insbesondere Wertpapieren, weniger als drei Monate beträgt oder
2. wenn es sich um Geschäfte handelt, bei denen der Erwerb der Veräußerung zeitlich folgt.

Ungewißheit über Amundsen.

Amerika will Luftschiffe zu Hilfe senden.

Die letzten Meldungen, die vom Dampfer „Fram" gekommen sind, geben zu, daß Amundsen ein Unglück zugestoßen sein könne. Die Meteorologen erwarten einen Sturm, der von Nordrußland über Sibirien auf den Nordpol zugehen werde. Amundsen müsse von dem Sturm Kenntnis haben und unverzüglich zurückkehren, wenn er dazu in der Lage sei. Sollte das in den nächsten Stunden nicht geschehen, wäre der Beweis erbracht, daß Amundsen keine Möglichkeit mehr habe, vom Nordpol zurückzukehren.

Nach einer Meldung von „Herald and Tribune" aus Washington ist die Marine durchaus vorbereitet, gegebenenfalls sofort eine Hilfsexpedition für Amundsen mit der „Shenandoah" oder der „Los Angeles" zu unternehmen. Der Tender „Patoka" mit dem Ankermast würde vorher in die Diskobay auf Grönland entsandt werden.

Hans Nansen, der Neffe des berühmten Forschers, kündigte die Absicht an, eine Sammlung zu veranstalten, um eine Hilfsexpedition auszurüsten, deren Zweck es sein soll, nach Amundsens Verbleib zu forschen.

Schweden rüstet ab.

Eine historische Nachtsitzung.

Nach drei Tage langer Aussprache hat nunmehr das schwedische Parlament in der Nacht von Montag zu Dienstag die Abrüstung von Heer und Flotte beschlossen. Sowohl die Erste wie die Zweite Kammer traten mit Mehrheit für die Abrüstung Schwedens ein. Damit hat Schweden als erste Nation den vom Völkerbund empfohlenen Schritt getan. Armee und Flotte werden auf den Umfang abgerüstet, der zur Verteidigung der Unabhängigkeit und zur Durchführung der Verpflichtungen des Landes erforderlich ist.

Selbstmorde in der Reichswehr.

Warum die Verzweiflungstat geschieht.

Einen Blick in das Soldatenleben des neuen Deutschlands gestattete eine Verhandlung des Hauptausschusses des Reichstages, der sich in einer besonderen Sitzung mit den Selbstmorden in der Reichswehr beschäftigte. In dieser Sitzung wurde vom Berichterstatter eine Übersicht über die ermittelten Gründe für die Selbstmorde im Jahre 1923 gegeben. Insgesamt seien in diesem Jahre bei der Reichswehr 127 Selbstmorde von jungen Leuten im Alter von 20 bis 22 Jahren vorgekommen, auch aufgeklärt, in vier Fällen sei Mißhandlung als Grund angegeben.

Über die Selbstmorde im Jahre 1924 teilte ein Vertreter des Reichswehrministeriums näheres mit. In diesem Jahre hat die Zahl der Selbstmorde in der Reichswehr 133 betragen, dazu 27 Selbstmordversuche. Dem Alter nach entfällt auf das 21. Lebensjahr die höchste Zahl: in diesem Alter haben 29 Reichswehrsoldaten ihrem Leben ein Ende gemacht. 27 Selbstmörder waren 22 Jahre alt, zwei erst 17 Jahre. Nach dem 30. Lebensjahr nimmt die Zahl der Selbstmorde stark ab. Dem Dienstgrad nach sind an den Selbstmorden beteiligt: ein Oberleutnant, ein Leutnant, 24 Unteroffiziere, 36 Gefreite und 98 Mannschaften; dem Bekenntnis nach 130 evangelische und 30 katholische. Bei den Selbstmördern handelt es sich fast durchweg um Leute mit guter Führung. Als Gründe hat die Untersuchung für 1924 ergeben: rechtswidriger Waffengebrauch, Tätlichkeit gegen einen Vorgesetzten, Liebeskummer, Eifersucht, Alimentensorgen, Krankheit und Furcht vor Erkrankung, krankhafte Schwermut, unerlaubte Entfernung oder Ungehorsam, leichtsinnige Schulden, Aussichtslosigkeit der Laufbahn usw. Sechs Soldaten haben wegen schlechter Behandlung Selbstmord begangen. Einer war von einem Gefreiten als Vorgesetzten rechtswidrig behandelt worden. Der Gefreite ist dafür mit einer Woche Mittelarrest bestraft worden. Ein Soldat hat Selbstmord verübt, weil er sich Vorwürfe darüber gemacht, daß er einen durch Selbstmord geendeten Kameraden nicht von der Tat zurückgehalten hat. Heiratsschwierigkeiten haben in zwei Fällen den Selbstmord veranlaßt. Nicht aufgeklärt wurde der Anlaß zum Selbstmord in acht Fällen. Alles in allem ist nach Auffassung des Reichswehrministeriums die Länge der Dienstzeit als mitwirkende Ursache für die Selbstmorde anzusprechen. Man muß auch bedenken, daß die Soldaten in dem gefährdeten Alter von 20 bis 23 Jahren während des Krieges und in der Nachkriegszeit unter den ungünstigsten Erziehungsbedingungen herangewachsen sind.

Minister Geßler erklärte sich mit der von verschiedenen Abgeordneten gewünschten Heranziehung des Parlamentarischen Beirates zur Prüfung der Ursachen für die Selbstmorde in der Reichswehr einverstanden. Bei den Selbstmorden spielten seelische und wirtschaftliche Faktoren mit. Schlimm sei die lange Dienstzeit: die Verpflichtung auf zwölf Jahre. Probeeinstellungen seien nicht möglich, weil in Spa eine solche Probeeinstellung deutscher Soldaten abgelehnt worden ist. Es bestehe also keine Möglichkeit, den Mann, der eingestellt werden soll, auf seine Befähigung zum Dienst zu erproben; man muß ihn vom ersten Tage an behalten.

Vom Erdbeben in Japan.

25 Erdstöße in den letzten Tagen.

Auf Grund amtlicher Feststellungen sind in den letzten Tagen in dem von Erdbeben heimgesuchten Gebiete Japans 25 Erdstöße festgestellt worden, die schätzungsweise einen Gesamtschaden von 65 Millionen Dollar verursacht haben. Ein schwerer Erdstoß traf auch die alte Hauptstadt Kyoto. Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen. Die Stadt Toyooka hat zu verzeichnen: 48 Tote, 200 Verletzte; die Stadt Kionosaka 200 Tote und 300 Verletzte; die angrenzenden Dörfer weisen 278 Tote und 532 Schwerverletzte auf. In Toyooka sind 70 Häuser eingestürzt und 1500 verbrannt, in Kionosaka brachen 652 Häuser zusammen und 678 verbrannten. In den Dörfern stürzten 1224 Häuser ein, während 1672 in Feuer aufgingen. Viele Tausende sind obdachlos, aber die Gefahr einer Hungersnot ist gebannt durch das rechtzeitige Eintreffen von Lebensmitteln, die dauernd heranrollen, und durch große Stiftungen, an denen auch der Kaiser und die Stadt Tokio mit namhaften Beträgen beteiligt sind. Es herrscht in Tokio eine ungeheure Aufregung. Die Leute bevölkern die Straßen, da sie eine Katastrophe, ähnlich der vorjährigen, befürchten. Die Tempel sind überfüllt, die Steinhäuser werden gemieden, da die Bewohner fürchten, unter den Steinmassen begraben zu werden. Die Regierung hat Vorkehrungsmaßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen. Falls sich neue Beben ereignen, wird in weiten Teilen Javans der Belagerungszustand erklärt werden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 28. Mai 1925.

☐ **Die Ausbildung der Kindergärtnerinnen.** Die Aufgaben der Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen setzen eine hausmütterliche Befähigung voraus, die es ihnen ermöglicht, Kinderheim, Hort und Kindergarten zu einem wirklichen Heim zu gestalten. Ein Mangel an praktischem Blick, an Umsicht und an sicherer Beherrschung der alltäglichen Aufgaben des Haushalts macht sie, wie in einem Erlaß des preußischen Unterrichtsministers ausgeführt wird, hilflos gegenüber den immer wiederkehrenden Schwierigkeiten der äußeren Heimgestaltung und der gesundheitlichen Fürsorge für ihre Zöglinge und gefährdet damit auch ihre erzieherische Wirksamkeit. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bestimmt daher der Minister mit Wirkung vom Herbsttermin 1925 ab, daß künftig für den Eintritt in ein selbständiges Kindergärtnerinnen- oder Hortnerinnenseminar eine ausreichende hauswirtschaftliche Ausbildung von den Bewerberinnen nachgewiesen wird. Der Nachweis gilt als erbracht durch den erfolgreichen Besuch einer anerkannten Hausfrauenschule, Frauenschule oder Haushaltungsschule oder durch eine hauswirtschaftliche Aufnahmeprüfung, die von dem aufnehmenden Seminar abzunehmen ist. Für diese Aufnahmeprüfung ist zu fordern: 1. selbständige Herstellung einer einfachen Mittagsmahlzeit oder zweier Gerichte; 2. Ausführung einer häuslichen Reinigungsarbeit oder einer Plättarbeit mit entsprechenden mündlichen Erläuterungen.

—* **Die Mitgliederversammlung des Hypothekengläubiger und Sparerschutzverbandes für das Deutsche Reich, (Sparerbund) Sitz Berlin W. 66, Wilhelmstraße 49 II, hat am 24. Mai 1925 folgenden Be-**

33

Herabgestiegen.

Roman von E. Sierra.

„Nun, wie hat mein geliebter Wilm geschlafen?"

Seine Augen bekamen etwas von dem Glanz früherer Tage: „Wie sollt' ich schlafen, da Du die ganze Nacht bei mir warst. Kein Traum hätte so süß sein können, wie meine Gedanken, die um die Wirklichkeit spielten. O, Erika — Erika ....." Er wandte sich ab, um ihr seine Bewegung zu verbergen.

Sie trat zu ihm in die geöffnete Balkontür. Und die Schönheit des lachenden Märztages, gepaart mit der paradiesischen Schönheit dieser Natur legte sich ihr schmerzvoll auf die Seele. Sie wurde sich der Dissonanz bewußt, die darin liegt, daß man all diese hoffnungslos Kranken in dieses Stück Eden schickt.

Mit einer fast mütterlichen Sorgfalt zog sie ihn an den zierlich gedeckten Kaffeetisch zurück, legte ihm die bunt gestreifte seidene Decke über die Knie, strich ihm die Brötchen mit Butter und Honig und umsorgte ihn mit hausfraulicher Anmut.

Und Wilm, der jeder ihrer Bewegungen folgte, sättigte sich auf ihr liebevolles Zureden hin weit über seinen bescheidenen Appetit. Wie ermüdet von dieser Arbeit, lehnte er sich dann in die Kissen zurück.

„Willst du ein wenig ruhen?"

Statt einer Antwort streckte er mit einer ängstlichen Hast die Hand nach ihr aus.

Mit einem schelmischen Lächeln beugte sie sich über ihn, indes sich ihre Hand in die seine schmiegte: „Dieses kostbare Besitztum soll dir darum nicht geraubt werden. Aber mein lieber Wilm wird sich hier in den Liegestuhl legen, mitten in die Sonne. Ich werde mich als Wächter zu dir setzen und vorlesen oder plaudern — was du willst."

Und als Wilm, warm zugedeckt draußen auf dem Balkon lag, als Erika unmittelbar neben ihm saß, Hand in Hand, Auge in Auge, da vergaßen sie Vorlesen und Plaudern.

*

An einem wunderschönen Apriltage wurden Erika Riedberg und Wilhelm von Holstenbrugt getraut.

Wilm und Erika machten ihr Hochzeitsdiner, das ihnen auch heute, wie alltäglich, auf Wilms Zimmer serviert wurde, wenig Ehre. Der sie bedienende Kellner, der sie mit verständnisinnigem Schmunzeln betrachtete, genierte sie und machte sie verstummen.

Auch als das Diner beendet und sie allein waren, saßen sie schweigend Hand in Hand auf dem Sofa und verfolgten, gedankenverloren, die Sonnenstrahlen, die auf der gegenüberliegenden Wand entlang spazierten, bis zur Decke hinaufkletterten und endlich verlöschten.

Die Dämmerung kroch aus den Ecken und legte ihre dunklen Schleier über die Schweigsamen. Die Umrisse verwischten sich.

„Meine arme, kleine Frau —" Wilm legte den Arm um Erika und zog sie näher zu sich heran. „Wie ganz anders haben dir wohl deine Mädchenträume den Hochzeitstag ausgemalt! Ja, ja, das Leben überrennt die meisten Hoffnungen. Wenn ich zurückdenke, auf unserem Familiengut Purpilken liegt ein kleiner Waldweiher — von alten Tannen umstanden, aus denen helle Birken herausleuchten und sich in dem klaren Wasser spiegeln. Selten betritt eines Menschen Fuß dieses verschwiegene Plätzchen. Wenn ich als Jüngling dort träumend lag, dann dachte ich: Hier möchtest du einmal mit der liebsten Frau sitzen und mit ihr den geheimnisvollen Stimmen der Natur nachhorchen. Arme Erika . . ."

„Nein —! reiche Erika mußt du sagen! Denn ich sitze jetzt an diesem Weiher. Ja, ein jeder hat wohl solch ein erträumtes Dorado."

Wilm schloß die Augen und Erika merkte, daß auch er dort war, wo die Hoffnung satt ist von der Erfüllung.

Die freundliche Dämmerung ging in das Dunkel des Abends über, das der Stille und Einsamkeit etwas Persönliches verlieh. Es reckte sich, wuchs, wurde lebendig und führte mit den beiden Menschen, die dort eng aneinandergeschmiegt auf dem Sofa saßen, eine verwirrende, aufreizende Rede.

Vom Korridor her hörte man huschende Tritte, abgerissene Worte, Gelächter. Verhallende Klänge von der Welt da draußen, die weit, weit ab lag von dem Gegenwärtigen.

Durch die geöffnete Balkontür schritt die Nacht. Ihr lauer Atem umschmeichelte die erhitzten Gesichter. Das leise Rauschen der Brandung klang herein wie das unaufhörliche Raunen einer mächtigen Stimme.

Wilm atmete schwer. Die Gesichtsmuskeln begannen in nervösem Spiel zu zittern. — —

Plötzlich flutete ein silberner Schein ins Zimmer. In unbestimmten Konturen lösten sich Einzelheiten aus dem Dunkel heraus. Zitternde Reflexe gleißten auf und irrlichterten hin und her. Es war als huschten kleine, geschäftige Geister herum — es war ein Raunen, ein Wispern, ein geheimnisvoll unruhiges Leben.

„Horch —! Sprach da nicht jemand . . . ?" Wilm fuhr empor und seine Augen wurden seltsam groß und seltsam tief, als er auf sein junges Weib sah.

„Erika . . . komm, leg' deinen Kopf an meine Brust."

„Mein Weib — mein geliebtes, geliebtes . . ."

„Wilm —!" Erschreckt richtete sie sich auf. „Dein Herz schlägt zum Zerspringen!"

„Tut es das?" Seine Stimme klang zwischen den aufeinandergepreßten Zähnen undeutlich hervor.

Sollte er ihr sagen, daß es zum Zerspringen klopfte, weil es einen schweren Kampf kämpfte mit der Vernunft?

„Wilm, bist du angegriffen?" Mit angstvoller Spannung sah sie in sein Gesicht, dessen Ausdruck sie fast fürchten machte. „Bist du müde? Soll ich gehen?"

„Ja, ja! und nochmals ja!!"

Er schob sie vor sich, sprang auf und trat in die Balkontür und starrte auf die silberglänzende Natur dort draußen. Aber er sah nichts von ihrem märchenhaften Reiz. Seine Hände fingerten an dem steifen Halskragen.

Da hörte er in der Tiefe des Zimmers leise Tritte. Eine Hand drückte die Klinke herunter — —

„Erika — —" Er stürzte auf sie zu, fiel vor ihr auf die Knie und umschlang sie mit beiden Armen. „Ich liebe dich!"

Sie lehnte sich gegen den Türrahmen, regungslos mit hängenden Armen.

„Erika — bist du mein Weib?"

„Antworte —!"

„. . . Ja —"

Er sprang auf. Aber als er sein bräutliches Weib sah, umstrahlt von dem märchenhaften Glanz des Mondes, als er ihre Kraft aufgelöst sah in willenloser Schwäche, zwang er sein stürmendes Blut zur Ruhe.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Der zehnte Preußische Städtetag.

Köln, 26. Mai. Am 27. und 28. Mai findet hier der zehnte Preußische Städtetag statt. Über die Verwaltung der städtischen Werke wird Oberbürgermeister Dr. Lueken-Kiel berichten. Über das zweite Hauptthema der Tagung „Moderne städtische Bauprobleme" hat Oberbaurat Arntz-Köln den Vortrag übernommen. Als Vertreter des preußischen Ministers des Innern wird der Leiter der zuständigen Ministerialabteilung, Ministerialdirektor Dr. Mulert und als Vertreter des preußischen Finanzministers Ministerialdirektor Schultz an den Verhandlungen teilnehmen.

Die geistlichen Gesellschaften.

München, 26. Mai. Einer dem Landtag vom Kultusministerium zugegangenen Übersicht über die Entwicklung der geistlichen Gesellschaften in Bayern seit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ist zu entnehmen, daß die Zahl der männlichen geistlichen Priestergesellschaften sich gegenüber dem Jahre 1910 fast verdreifacht hat und derzeit 26 beträgt, die Zahl ihrer Klöster und Niederlassungen sich fast um die Hälfte vermehrt hat und von 98 auf 158 gestiegen ist. Die Zahl der geistlichen Brüdergesellschaften ist von einer auf sechs mit 25 Niederlassungen gestiegen. Die weiblichen geistlichen Gesellschaften haben sich um rund die Hälfte, die Zahl ihrer Klöster und Niederlassungen und ihrer Mitglieder um je ein Drittel erhöht. Die Zahl dieser Gesellschaften betrug 1910 22 und beträgt zurzeit 35, die auf 1795 Klöster und Niederlassungen verteilt ist.

Schwedens Wehrmacht.

Stockholm, 26. Mai. Nach dem Reichstagsbeschluß in der Wehrfrage werden sich die jährlichen Kosten für die gesamte Wehrmacht auf 107 Millionen Kronen stellen oder um 31 Millionen niedriger als die Kosten des jetzigen Provisoriums sein. Die Regierungsvorlage hatte einen Gesamtaufwand von 105 Millionen Kronen vorgesehen. Die Armee wird von 6 auf 4 Divisionen vermindert, und die Zahl der Infanterieregimenter verringert sich von 28 auf 20. In bezug auf die Marine bestätigten beide Kammern des Reichstags den Beschluß des vorigen Reichstags, 24 Millionen Kronen für Neubauten von Schiffen während der Jahre 1924 bis 1929 zu bewilligen. Die Dienstzeit in der Armee, die jetzt 330 bis 165 Tage beträgt, ist durch den Reichstagsbeschluß auf 260 bis 140 Tage herabgesetzt. In der Marine wird die Dienstzeit von 225 auf 200 Tage herabgesetzt. Der Führer der Rechten in der Ersten Kammer, der ehemalige Ministerpräsident Trygger, legte nach der Abstimmung Protest gegen den Beschluß ein, den seine Partei als verhängnisvoll betrachte.

Arbeiter und Angestellte.

Halle. (Straßenbahnerstreik in Halle.) Das Fahrpersonal der Straßenbahn hat den in Berlin gefällten Schiedsspruch, der ihm vom 15. April ab eine vorläufige Zulage von drei Pfennigen für die Stunde bewilligt, abgelehnt und in einer Nachtsitzung beschlossen, in den Streik zu treten.

Elberfeld. (Schiedsspruch im Schuhmachergewerbe.) Der staatliche Schlichtungsausschuß für das Schuhmachergewerbe fällte einen Schiedsspruch, wonach der Stundenlohn für die Qualitätsarbeiter von 77 auf 80 Pfennig erhöht wird.

Wien. (Aussperrung der österreichischen Textilarbeiter.) Infolge der andauernden Lohnbewegungen und Teilstreiks in der österreichischen Textilindustrie haben die Arbeitgeber den Beschluß gefaßt, die Arbeiter in sämtlichen Betrieben der Baumwollspinnerei und Textildruckindustrie auszusperren. Sämtliche österreichischen Baumwollspinnereien, -webereien und -druckereien sind stillgelegt. Von der Aussperrung werden etwa 50 000 Textilarbeiter betroffen.

Berlin. (Streikbeschluß im Verkehrskonflikt.) Die von den Angestellten der Berliner Autobusgesellschaft auf den einzelnen Betriebsbahnhöfen vorgenommene Abstimmung hat mit großer Mehrheit den Streikbeschluß ergeben. Die Arbeit wird entgegen anders lautenden Meldungen nicht sofort niedergelegt, vielmehr wird erst das Ergebnis der Abstimmung bei der Hoch- und Untergrundbahn abgewartet werden. Bisher erhielt bei der Autobusgesellschaft ein verheirateter Fahrer mit Kind bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit einen Anfangslohn von 7,14 Mark und einen Endlohn von 7,84 Mark. Die Schaffner beziehen 6,24 Mark, steigend bis 6,69 Mark. Außerdem erhalten Fahrer und Schaffner freie Kleidung. Die Forderungen, die zu dem Streikbeschluß geführt haben, gehen dahin, für die Fahrer eine tägliche Zulage von 1,80 Mark und für die Schaffner eine solche von 1,35 Mark zu erzielen. Außerdem soll die Arbeitszeit auf neun Stunden herabgesetzt werden.

Kongresse und Versammlungen.

K. Tagung des Gesamtverbandes der evangelischen Kirchengesangvereine. Auf Einladung des Vereins für Thüringen findet in Weimar eine Tagung des Gesamtverbandes der evangelischen Gesangvereine statt. Ein Festgottesdienst eröffnet die eigentliche Tagung. Als einziger Verhandlungsgegenstand ist ein Vortrag von Professor Dr. Gennrich-Königsberg über die Vereinheitlichung des Choralgesanges im evangelischen Deutschland vorgesehen. In einer dem Vortrag folgenden Aussprache stimmt die Versammlung grundsätzlich den Ausführungen zu, und in einer öffentlichen Kundgebung wird beschlossen, den Mangel in der Einheitlichkeit des Choralgesanges im evangelischen Deutschland zu beseitigen, und deshalb werden die Bemühungen des deutschen evangelischen Kirchenausschusses begrüßt, der es sich zur Pflicht gemacht hat, diesem Mißstand ein Ende zu bereiten. Zugleich wird der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß kein Gesangbuch mehr ohne Noten gedruckt und noch mehr wie bisher das evangelische Lied gepflegt werden soll.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Ein früherer Erzherzog vor Gericht. Vor einem Wiener Gericht stand dieser Tage ein junger Mann in Lederjoppe und einem grünen Wollschlips um den Hals, wie ihn Chauffeure zu tragen pflegen. Über seine Personalien befragt, gab er an, Leopold Habsburg zu heißen und Sohn des früheren Erzherzogs Leopold Salvator zu sein. Von Beruf sei er Filmagent und verdiene monatlich zweiundvierzig Mark, wobei er noch für Frau und Kind zu sorgen hätte. Der ehemalige Erzherzog Leopold Habsburg hatte gegen ein Gerichtsurteil Berufung eingelegt, durch das er wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu einer Geldstrafe bzw. zu achtundvierzig Stunden Arrest verurteilt worden war, weil er auf einem Motorrad einen Mann umgestoßen hatte. Auf Grund der Zeugenaussagen zweier Arbeiter wurde der gewesene Erzherzog freigesprochen.

§ Spionageprozeß. Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich der Schlosser Friedrich Gehring aus Pegau in Sachsen, zuletzt in Berlin wohnhaft, wegen Spionage zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Im Oktober 1924 hatte sich Gehring in Dresden mit Offizieren der Entente in Verbindung gesetzt und ihnen wichtige Nachrichten unterbreitet. Das Urteil lautete entsprechend dem Antrage des Reichsanwalts auf 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und dauernde Stellung unter Polizeiaufsicht.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 26. Mai.

* Börsenbericht. Trotz vorliegender Deckungskäufe schwächte sich die Börse im weiteren Verlaufe erneut nicht unerheblich ab, da verschiedene zunächst unbestätigte Gerüchte über neue Insolvenzen und dergleichen auf die Stimmung drückten. Sehr ruhig war das Geschäft am Markt der inländischen Anleihen. Der Geldmarkt hat im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ultimo eine leichte Anspannung erfahren; tägliches Geld notierte 7½ bis 9½ %, monatliches Geld 9½ bis 11½ %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,39—20,44; holl. Gulden 168,57—168,99; Danz. 80,92 bis 81,12; franz. Frank 21,20—21,26; belg. 20,87—20,93; schweiz. 81,16—81,36; Italien 16,70—16,74; schwed. Krone 112,21—112,49; dän. 78,95—79,15; norweg. 70,94 bis 71,12; tschech. 12,43—12,47.

* Kartoffelnotierungen je 50 Kilogramm, Erzeugerpreise ab märk. Vollbahnstationen. Speisekartoffeln: weiße 1,80, rote 2,20, gelbfleischige 3 M.

* Butter. 1. Qualität 1,57 M., 2. Qualität 1,39 M., abfallende Qualität 1,19 M. für ein Pfund.

* Frankfurter Häuteauktion. Die Frankfurter Häuteauktion begann in Anwesenheit einer zahlreichen Käuferschaft für Schaffelle, Kalbfelle und leichte Häute. Die Reflektanten für die schwereren Großviehhäute erschienen wie gewöhnlich erst in den letzten Stunden der Auktion. Es wurde recht zögernd und schleppend geboten, ein Teil der Lose zurückgezogen, später nochmals ausgeboten und mit erheblich niedrigeren Preisen als erwartet abgegeben. Schaffelle blieben etwa 12 %, große Kalbfelle etwa 6 bis 7 % und schwarze Kalbfelle etwa 8 bis 10 % unter den Preisen des Vormonats. Schaffelle, Vollwolle 63, Halbwolle 62¾, Blößen 50¾, Lammfelle 58½, Lammfelle, Vollwolle Schuß und Lammfelle, Blößen Schuß 31, Kalbfelle ohne Kopf, rot bis 9 Pfund 151½ bis 160¾, schwarz bis 9 Pfund 125 bis 135, rot über 9 Pfund 133¼ bis 137 und schwarz über 9 Pfund gestrichen.

* Mitteldeutsche Häuteauktion vom 25. Mai. Bei der in Kassel abgehaltenen mitteldeutschen Häuteauktion für hessisches Gefälle kamen 25 620 Häute und Felle zur Versteigerung. Die Kauflust war äußerst zurückhaltend. Es wurde äußerst vorsichtig geboten. Die Auktion begann mit dem Verkauf von 14 400 Kalbfellen, die im Vergleich zur Vorauktion am 27. April 8 bis 10 % im Preise einbüßten. Leichte Häute hielten die Erfurter und Dresdener Preise. Vereinzelt gaben sie bis 5 % und darüber nach. Mittelgewichte, insbesondere rote Rinder in guten Qualitäten, behaupteten sich gleichfalls, während die roten Bullenhäute sogar eine Kleinigkeit über die Erfurter und Dresdener und auch über die Preise der Vorauktion kamen. Die Preise für Häute in Mittelgewichten gaben im Vergleich zur Vorauktion bis zu 10 % nach, während schwere Häute sich im allgemeinen besser behaupten konnten. Die Abschläge für rote Häute hielten sich im Rahmen bis zu 5 %. Hammelfelle lagen mit Rücksicht auf die Lage des Wollmarktes bis zu 15 % hinter der Vorauktion.

* Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	26. 5.	25. 5.
Weiz., märk.	268-271	267-269
pommerscher	—	—
Rogg., märk.	220-224	220-224
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Futtergerste	200-218	200-218
Braugerste	226-242	226-242
Hafer, märk.	231-239	229-237
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.)	34,2-37	34-36,7
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Berlin br. inkl. Sack	30,2-32,5	30,2-32,5

	26. 5.	25. 5.
Weizkl. f. Brl.	14	14
Rogkl. f. Brl.	14,6-14,8	14,8-14,9
Raps	—	—
Leinsaat	—	—
Viktor.-Erbs.	22-27	22-27
kl. Speiseerbs	22-25	22-25
Futtererbsen	19-21	19-21
Peluschken	18,5-20	18,5-20
Ackerbohnen	19-21	19-21
Wicken	20-22,5	20-22,5
Lupin., blaue	10-11	10-11
Lupin., gelbe	11,5-14	11,5-14
Seradella	13-15,2	13-15,2
Rapskuchen	15,2-15,6	14,2-14,6
Leinkuchen	22,4-22,8	22,4-22,8
Trockenschtzl.	9,8-10	9,8-10
vw. Zuckschn.	—	—
Torfml. 30/70	—	—
Kartoffelfl.	19,4-19,6	19,5-19,7

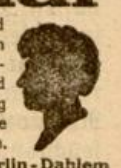
Büchertisch.

Zur westfälischen Sagenforschung. In die Reihe von Eichblatts „Deutscher Sagenschatz" (Verlag Hermann Eichblatt, Leipzig-Gohlis) soll nunmehr auch ein Band „Westfälische Sagen" aufgenommen werden, dessen Bearbeitung Rektor K. Wehrhan, Frankfurt a. M.-W. 13, Volta-Mittelschule, ein Sohn der roten Erde und langjähriger Mitherausgeber der Zeitschrift für rheinische und westfälische Volkskunde wie Verfasser einer Reihe volkskundlicher, insonderheit sagwissenschaftlicher Werke übernommen hat. Es sollen möglichst diejenigen Sagen erfaßt werden, die bisher noch nicht aufgezeichnet worden sind oder die sich an wenig zugänglichen Orten gedruckt finden, wie in Tageszeitungen und den gewöhnlich nur eine beschränkte Verbreitung findenden Heimatblättern, ferner in Beilagen zu den Zeitungen, in den Kalendern, alten, seltenen Schriften u. a., oder die eine Aenderung durchgemacht und also eine andere Form angenommen haben als die, in der sie in den bekannten Sagensammlungen stehen. Alle Heimat-, Volkskunde- und insonderheit Sagenfreunde werden gebeten, die Sagensammlung zu unterstützen und dem Herausgeber unverbindliche Beiträge, die nach Erscheinen vergütet werden, zukommen zu lassen. Notwendige Auslagen werden auf Wunsch gern erstattet.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Das blonde Haar

erfordert besonders sorgfältige Pflege, da es leicht streifig und dunkel wird. Alle 8 bis 14 Tage eine Kopfwäsche mit Schaumpon mit dem schwarzen Kopf mit Kamillenzusatz erhält die gleichmäßige Farbe des Haares und gibt diesem duftiges, volles und glänzendes Aussehen. Schaumpon steht in seiner Wirkung einzig da. Ein Päckchen kostet nur 20 Pfennig. Man achte genau auf die Schutzmarke und lasse sich nichts anderes als ebensogut empfehlen.



Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Chem. Fabrik, Berlin-Dahlem

M.-G.-V. „Liedertafel" 1854 Halver. 1854

71. Stiftungs-Fest

am 2. Pfingstfeiertage nachm. 4½ Uhr im Saale der Karlshöhe

KONZERT

Mitwirkende:
Lüdenscheider M.-G.-V. (vereinig. Sänger) 140 Sänger.
Musikdirektor V. Kahl, . . Klavier
Herr H. Kahl . . . . . Geige
M.-G.-V. „Liedertafel" Halver.

Abends 8 Uhr BALL.

Unsere Ehren- und passiven Mitglieder sind herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Karten im Vorverkauf sind bei den aktiven Mitgliedern zu haben.

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Hauptschriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Essen, Theaterplatz 8/10

Unabhängiges nationales Organ
Täglich 3 Ausgaben
Gegründet 1873

Das führende Familien- und Handelsblatt des gesamten rheinisch-westfälischen Industrie-Gebietes. Hervorragende Handels- und Börsenzeitung. Maßgebende Leitartikel. Ausgewähltes, reichhaltiges Feuilleton. Tonangebende kritische Berichte über bildende Kunst, Theater und Musik. 400 Berichterstatter in Rheinland - Westfalen. Korrespondenten ebenso an allen sonstigen wichtigen Plätzen des In- wie auch des Auslandes. Umfassende Berichterstattung über sportliche Ereignisse. Erstklassiger Anzeigenteil. — Eigene redaktionelle Bureaus mit Geschäftsstellen in Dortmund, Duisburg, Düsseldorf und Berlin. Eigene Geschäftsstellen außerdem in Bochum, Gelsenkirchen, Hagen, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Elberfeld-Barmen und Krefeld. Hauptvertretungen in Bielefeld, Recklinghausen, Wanne, Witten, Köln, Hannover u. Siegen i. W. Nach allen Orten des Industriegebietes erfolgt Zustellung der Zeitung durch unsere Fahrboten u. unsere Trägerinnen.

Mit Probenummern u. Preisanstellungen für Anzeigen und Abonnements stehen wir jederzeit zu Diensten.

Verlag der Rheinisch-Westfälischen Zeitung
Th. Reismann-Grone, GmbH.
Essen (Ruhr), Theaterplatz Nr. 8/10
Fernsprech-Anschlüsse: 6701—6706 — Drahtanschrift: Rheinwestzeit

Zum Pfingstfeste

empfehle:
Oberhemden in Perkal und Zephyr, Einsatzhemden mit paß. Kragen u. Manschetten, Makko- und Normal-Hemden, Hosen u. Jacken, Herrensocken in Seide, Wolle und Baumwolle.

Ia Bielefelder Wäsche,

Cravatten, Selbstbinder erste Neuheit.
Reichhaltige Auswahl in
Haar- u. Wollhüten, Jagd- u. Sporthüten, Herren- u. Kindermützen in blau u. farbig, Hosenträger, :-: Taschentücher, Rohrstöcke, :-: Regenschirme, Glacéhandschuhe in schwarz und farbig.

Fr. Kattwinkel,
Halver.

Düngemittel

Auf Lager vorrätig:
Schwefels. Ammoniak 20,66 %,
Knochenmehl 3×21 %
Thomasmehl 14,33 %
zitronensäurelöslich
Kalisalz 30,1 %,

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl

Tapeten

die neuesten Muster zu billigsten Preisen sind vorrätig bei

W. Bordfeld, Schalksmühle.

Schwefelsauren Ammoniak

(Kopfdünger)
gebe wegen Räumung weit unter Preis ab.

Albert Herdepe,
Halver.
Fernsprecher 40.



Erhalte Freitag den 29. Mai eine Sendung

Ferkel und Läuferschweine

Wilh. Faßbender,
Meinerzhagen.
Telefon 85.



Fahrräder

Nähmaschinen stets am Lager.



Reparaturen werden prompt und billigst ausgeführt.

Albert Linnepe, Halver.
— Telefon 192. —

Trauerdrucksachen

fertigt schnellstens an der Verlag dieser Zeitung.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Ia. Zigarren, Zigaretten
Rauch- u. Kautabak

nur beste Qualitäten erster Firmen.

Große Auswahl in
Amboina, Bruyere-
Pfeifen und Mutzen
Feuerzeuge u. sonst Raucherutensilien

Fr. Herm. Bohmer,
Bahnhofstr. Schalksmühle. Bahnhofstr.